



Der Mutterlohn

Unterstützt vom Verein: **VBD Vereinte Bürger-Dienste**

Der Mutterlohn

unterstützt vom Verein:

VBD VEREINTE BÜRGER-DIENSTE

www.mutterlohn.at



Der Mutterlohn

Unterstützt vom Verein: **VBD Vereinte Bürger-Dienste**

Notizen



Der Verein

Neuer Weg!

Nach Rückschau auf 15 Jahre 1. Republik und 60 Jahre 2. Republik steht das österreichische Staatsvolk mit wenig Vertrauen für die Zukunft da.

Die überwiegende Mehrheit erwartet entscheidende Veränderungen für den gesamten Bundesstaat.

Eine umfassende Bundesstaatsreform verlangt aber vieles hinter uns zu lassen. Nun heißt es, neuen Visionen und Ideen Platz geben, um gleiche Fehlentscheidungen aus dieser Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Vor jeder dieser Epochen hat es eine Reform gegeben, woran das Staatsvolk aber wenig beteiligt war.

Nur eine dritte, große und umfassende Bundesstaatsreform führt uns in eine bessere Zukunft und könnte den Titel tragen:

„Der Weg in das 21. Jahrhundert“

Dringend notwendige Maßnahmen sind die Erstellung von Konzepten unter Mitwirkung des gesamten Staatsvolkes mit Volksabstimmung am Ende dieses Prozesses.

Für einen Neustart der neutralen demokratischen Republik Österreich scheint aber eine Verwaltungsreform, die eine Entpolitisierung aller öffentlichen Einrichtungen vorsieht, unumgänglich zu sein. Das ständige Bestreben politisch anders Denkende zu besiegen, spielt sich nur in den Köpfen der Vorteilsritter ab und trägt wirklich nicht zum Miteinander und somit nicht zum Wohle des gesamten Staatsvolkes bei.

Ein Verein für direkte Demokratie und Selbstversorgung könnte zielführend sein, z.B.:

VBD Vereinte Bürger-Dienste

Die wichtigsten Ziele mit höchster Dringlichkeitsstufe sind nach hereinbrechender Finanz- und Wirtschaftskrise nur Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft für 6 Mio. StaatsbürgerInnen wie in der Kurzfassung von Michael Sommer

Der Mutterlohn

aus 2009 dargelegt, empfohlen und veröffentlicht.



Unsere Idee

Status Quo

IN ZEITEN WIE DIESEN, WO SICH GESCHICHTE WIEDERHOLT, MENSCHEN WIEDER AUSGEBEUTET WERDEN UND DIE VERARMUNG FORTSCHREITET, IST ES AN DER ZEIT GEGEN DIE UNGERECHTIGKEIT DER VERTEILUNG DER VOM VOLK ERARBEITETEN GÜTER AUFZUSTEHEN! ES GEHT UM DIE GESUNDHEIT, DIE BILDUNG UND DAS LEBENSGLÜCK UNSERER KINDER!

Mütter und Kinder brauchen eine Existenzsicherung. Auch in Österreich!

Wenn betrügerische Manager die Weltwirtschaft abwürgen, haben Millionen Mütter die Möglichkeit das Gegenteil zu bewirken und die Wirtschaft in Schwung bringen. Was können Mütter tun, um die Wirtschaft anzukurbeln? **Einkaufen!** Und woher kommt das Geld?

Michael Sommer hat eine Idee, eine Vision

Jede Arbeit auf dieser Welt wird bezahlt. Mit einer großen Ausnahme. Die Arbeit der Mutter. Auch die Arbeit der Mutter muss endlich entlohnt werden. Dann gibt es gesunde, glückliche Kinder mit guter Erziehung und Ausbildung, sicherem Arbeitsplatz und neuen Familien! Die Gesellschaft braucht diese Kinder!

Derzeit sind die Mütter die finanziellen Stiefkinder der Gesellschaft:

Eine Million ÖsterreicherInnen sind an oder schon unter die Armutsgrenze gerutscht. In der anrollenden Wirtschaftskrise mit Niedriglöhnen und Arbeitslosigkeit werden weitere hunderttausende Alleinverdiener, Alleinerzieherinnen und Mehrkinderfamilien zur Armut verurteilt; alle Kinder dieser Bevölkerungsgruppe haben wenig Chancen auf glückliche Kindheit, richtige Ernährung, Gesundheit und Bildung.

Unsere Idee

DIE WIRTSCHAFT BLÜHT, WENN VIELE MENSCHEN MEHR GELD ZUM EINKAUFEN HABEN!

Die Politiker wollen Milliarden ausgeben – das Geld aller ÖsterreicherInnen - um die Wirtschaft anzukurbeln und so die Arbeitsplätze erhalten. Schön. In erster Linie den Banken. Weniger schön. Den Banken, die das Geld der Anleger und Sparer mit weltweiten Spekulationen verspielt haben, werden die Spielverluste ersetzt! Das stopft zwar die Löcher der Banken, bringt den Österreichern jedoch keine zusätzliche Kaufkraft ohne Zinsen!

**Viele gut verdienende Staatsbürger - das ist Kaufkraft!
Wie kommt Österreich zu mehr und gut verdienenden Bürgern?
Wie kommt Österreich zu gesunden und gebildeten Kindern?**

Seit dem Beginn der Globalisierung vor ca.15 Jahren wird es zunehmend schwieriger das Leben zu finanzieren. Es ist kein Wunder, dass Frauen es sich sehr gut überlegen, ob sie sich noch ein Kind oder überhaupt ein Kind leisten können. Es ist kein Wunder, wenn im Zeitalter der Niedriglöhne die österreichische Bevölkerung schrumpft. Was können wir tun, um die „Familie mit Kindern“ (ein natürliches Lebensziel der Menschen) wieder leistbar zu machen?



Die Entwicklung der Persönlichkeit geht schief

Die ersten Lebensjahre sind die wichtigsten für die geistige und körperliche Entwicklung eines Kindes.

Viele Mütter haben zuwenig Zeit und zuwenig Geld um die Kinder liebevoll zu erziehen und gesund zu ernähren.

In der Schule sind körperlich und psychisch geschädigte Kinder aggressiv, unfähig dem Unterricht zu folgen. 600.000 Analphabeten in Österreich – trotz Schulbesuch – sprechen eine deutliche Sprache.

Lieblosigkeit entsteht nicht durch Zufall, sondern durch Versagen der Familie und der Gesellschaft.

AUSWIRKUNGEN EINER FEHLENTWICKLUNG

Eine gefährliche Gesellschaft ist im Entstehen

Arbeitslose Jugendliche sind sozialer Sprengstoff:

Sie schaffen für sich und ihre Familie ein Leben lang Probleme und verursachen dem Staat gigantische Kosten (Drogensucht und Kriminalität).

Die „sozialen Kosten“ dieser Bevölkerungsschicht sind (vorsichtig geschätzt) höher als ein Gehalt, das den Lebensunterhalt von jeder Mutter und jedem Kind sichern würde!

Das Geld fließt an den Staat zurück

Schon mit dem ersten Muttergehalt erhält der Staat Beiträge der Mutter zur Sozialversicherung, jede Mutter ist krankenversichert und pensionsversichert! Mit dem ersten Einkauf für die Familie erhält der Staat sofort 10/20 % als Mehrwertsteuer zurück. Dieser Vorgang wiederholt sich bei jedem weiteren Geldfluss. Die Krankenkassen und Pensionsversicherungen haben neue Einnahmequellen - und vor allem: **die neue Kaufkraft bringt die Wirtschaft sofort in Schwung, es gibt wieder mehr Arbeit usw.**

ALLES GELD, WAS DER STAAT ZU GUNSTEN ALLER BÜRGERINNEN AUSGIBT, FLIESST ZU 100 % ZEITVERSETZT AN DEN STAAT ZURÜCK.

Ein Muttergehalt für jede Mutter ist die bestmögliche Investition eines Staates für seine Zukunft! Kinder sind eine Investition in die Zukunft – ohne Kinder gibt es keine Zukunft für den Staat!

Gesunde, tüchtige und gebildete neue Staatsbürger bringen durch ihre Arbeit und ihren Konsum die Wirtschaft zum Blühen. Sie sind die Steuerzahler, die zum Gemeinwohl beitragen und so während der Berufsausübung auch die Pensionslast tragen.

Sollen wir uns auf Schwindelfonds zur Pensionssicherung verlassen? Am falschen Platz, an den Müttern und Kindern sparen? Wir brauchen die Kinder!



Die Voraussetzungen der menschlichen Existenz

Ohne Staatsvolk gibt es keinen Staat. Ohne Kinder verschwindet das Staatsvolk (ohne Kinder gibt es keine Weltbevölkerung). Mütter schaffen die Grundlagen allen menschlichen Lebens. Warum aber stehen Frauen im Allgemeinen und vor allem Mütter nicht an vorderster Stelle der Staatsausgaben? Mit Lohn und fixem Gehalt für die Erziehung und Erhaltung des Staatsvolkes, damit sie ihrer wichtigen Aufgabe ohne Sorgen nachkommen können?

Das Wohl der Kinder

Wenn ich in den letzten 60 Jahren meines Lebens die Aussagen von Philosophen, Religionsführern oder Politikern richtig verstanden habe, ging es immer in erster Linie um das Wohl der Menschen. Ein gerechter Lohn für die wertvollste Leistung die es überhaupt gibt - einem Kind das Leben zu schenken und so den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern - ist dringend einzufordern! Im Interesse der Kinder!

MÜTTER DIE AUF IHREN GERECHTEN LOHN VERZICHTEN SCHADEN SICH, IHREN KINDERN UND DEM GESAMTEN VOLK! DIESE MÜTTER VERZICHTEN AUF IHR LEBENSGLÜCK UND DEN ERFOLG IHRER KINDER IM LEBEN!

Was macht den Müttern das Leben schwer?

Es kann wohl niemand ernsthaft behaupten, dass die Mütter und ihre Kinder dieses heutige Weltfiasko von Finanz- und Wirtschaftskrisen mit folgender Arbeitslosigkeit eingeleitet haben. Wenn es aber richtig bergab geht, werden sehr wohl die Mütter und ihre Kinder als erste die Gräuel von Armut, Krankheit und Elend auszukosten haben!

VORTEILSRITTER durch MACHTGIER

Wer ruiniert die Wirtschaft? Wer organisiert Ausbeutung, Armut und Kriege zu seinem Vorteil?

Es waren im Laufe der Geschichte und auch heute „Vorteilsritter“, die in der irrigen Meinung von Gott berufen oder beauftragt von der Vorsehung zu sein, alles durch ihr besseres Wissen kontrollieren und steuern zu müssen! Die Politik für ihre Machtgier und ihre Wichtigkeit missbrauchen zu können. Wenn dieser weltweite Zustand von politischer Lüge und wirtschaftlichen Machtmissbrauch, Manipulation und Irreführung der Völker nicht schleunigst beendet wird, naht das endgültige Aus für Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Wohlstand in Österreich.

Zweieinhalb Milliarden Euro monatlich in die Hände der Mütter und ihrer Kinder wäre für die Wirtschaft weitaus besser als endlose Milliardenbeträge weiterhin in die Hände von maroden Banken und maroden Konzernen. Die Macher im Hintergrund sind dabei – unter Missbrauch der Demokratie - die Macht über die Völker dieser Erde zu erobern.



Alles Recht geht vom Volk aus

Wenn das Recht wirklich vom obersten Souverän in einer Demokratie - dem Staatsvolk - ausgehen soll, müssen alle Gesetzesvorlagen im Verfassungsrang dem Volk zur Begutachtung vorgelegt werden.

DIE MEHRHEIT DER STAATSBÜRGERINNEN STIMMEN ZU ODER LEHNEN AB.

Wie viele Staatsbürger eine höhere Ausbildung abgeschlossen haben ist von Bedeutung. Von Bedeutung ist aber auch, dass alle BürgerInnen in einer Demokratie wie Österreich in direkter Abstimmung über Gestaltung unseres Staates entscheiden können.

ALLE STAATSBÜRGERINNEN ZUSAMMEN WISSEN EBEN MEHR ALS EINE ABGEHOBENE PSEUDO-ELITE!

ZIEL: Richtiges Einkommen!

Alle Lohn- und Gehaltsempfänger mit weniger als brutto € 2.000,- pro Monat haben um 50% zu wenig Einkommen - somit auch Rentner und Pensionisten.

Die Sozialpartner haben bei ihren hitzigen politischen Auseinandersetzungen der letzten 60 Jahre übersehen, dass die Produktivität der gesamten österreichischen Volkswirtschaft um 0,7% p. a. mehr gewachsen ist, als die IST-Löhne und Gehälter.

60 Jahre lang wurde ungerecht verteilt! So ging die soziale Gerechtigkeit verloren.

Weil Politiker und Gewerkschafter weltweit versagt haben die erarbeiteten Güter gerecht zu verteilen, die Globalisierung abzuwehren und die soziale Marktwirtschaft zu bewahren:

“Zu viele Menschen haben zuwenig Geld!“

Wie bringen wir die Wirtschaft wieder in Schwung?

Nachdem eine Nachzahlung der vorenthaltenen Einkommen für die verarmende Mehrheit des Staatsvolkes nicht möglich ist, muss der Staat nach jahrzehntelanger Versäumnis soziale Gerechtigkeit herstellen: So schnell wie möglich die Familien unterstützen und vor der Armut und Verelendung schützen.

Es geht um die Gesundheit und Bildung der Kinder und damit um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Mein Vorschlag:

Die wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise ins Auge gefasste €-Milliarden sollten nicht in marode Unternehmen gesteckt werden, sondern richtigerweise direkt an das Volk gehen! Zur sofortigen Stärkung der Kaufkraft. Nur so können Arbeitsplätze geschaffen, gehalten und auf Dauer gesichert werden.

Nur so wird es möglich sein dem österreichischen Staatsvolk wieder Vertrauen in die Politik zu geben.

NUR MASSNAHMEN ZUR HEBUNG DER KAUFKRAFT RETTEN DIE WIRTSCHAFT UND SANIEREN DEN GESAMTEN STAAT



Mütter

STAATLICHER LOHN FÜR ca. 1,2 Mio. MÜTTER

Jede Frau und Staatsbürgerin mit Hauptwohnsitz in Österreich, erhält nach bestätigter Schwangerschaft von 3 Monaten in Vorbereitung auf die Geburt ihres Kindes, vom Staat einen Mutterlohn von brutto € 2.000,- monatlich und das, bis zur Vollendung des 18ten Lebensjahres ihres jüngsten Kindes.

Von diesem Bruttobetrag werden einbehalten:

5% Einkommensteuer.....FA.....	€ 100,- /Monat.....	€ 1,44 Md/Jahr
10% Krankenversicherung.....KV.....	€ 200,- /Monat.....	€ 2,88 Md/Jahr
30% Pensionsversicherung.....PV.....	€ 600,- /Monat.....	€ 8,64 Md/Jahr

An die Mütter – netto:

55% zusätzliche Kaufkraft.....	€ 1.100,- /Monat.....	€ 15,84 Md/Jahr
--------------------------------	-----------------------	-----------------

Liebe Mütter,

wenn Sie denken, dass diese Maßnahmen Ihr Leben und das Ihrer Familien vereinfachen könnte, dann sollten Sie von ihrem Recht gebrauch machen und einmal zu Ihrem Vorteil wählen. Ein Verein für direkte Demokratie und Selbstversorgung sollte ausreichen (ohne eine Partei mit Gleichschritt und Gehorsam zu gründen), um eine politische Veränderung herbeizuführen.

Den Mut aber müssen und können nur Sie aufbringen. Voraussetzung ist lediglich:

- sich mit Gleichgesinnten zu vereinen
- diese Forderungen klar und deutlich zu erheben
- alle Menschen gleich zu achten und behandeln
- vom geheimen demokratischen Wahlrecht gebrauch zu machen
- die „Vorteilsritter“ auszuschalten und diesen nicht nachzuweinen (diese haben wegen Ihnen auch keine Tränen vergossen).

Wenn uns allen dazu aber die Courage fehlt, wird niemand auf dieser Welt für uns eine drohend schreckliche Rezession abwenden können.

Ja, nur wir selbst können es für Österreich!



Kinder

STAATLICHE HILFE FÜR ca. 1,8 MIO KINDER

Jedes Kind und Staatsbürger von Österreich erhält vom Staat eine Familienbeihilfe von brutto € 1.000 monatlich und das bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. bis zum Ende der Lehrzeit.

15% Krankenversicherung.....KV.....€ 150,- /Monat.....€ 3,24 Md/Jahr

30% Pensionsversicherung.....PV.....€ 300,- /Monat.....€ 6,48 Md/Jahr

An die Mütter netto:

55% zusätzliche Kaufkraft.....€ 550,- /Monat.....€ 11,88 Md/Jahr

Vom Tag der Geburt an beginnt die Sozialversicherungspflicht.

Der Beitrag für die Krankenversicherung wird nur an staatliche Krankenkassen abgeführt. Die Beiträge zur Pensionsversicherung werden nur an staatliche Pensionskassen und auf das persönliche Pensionskonto gebucht.

Liebe Kinder, liebe StaatsbürgerInnen,

mit dieser staatlichen Hilfe, vom Tag der Geburt an und Gesetzwerdung, seid Ihr nicht nur Mitglieder Eurer Familie, sondern zusammen nach dem Völkerrecht ordentliche StaatsbürgerInnen der Republik Österreich.

Gleichzeitig mit dieser Maßnahme seid Ihr nicht mehr nur Kostenverursacher, sondern vielmehr Kostenträger.

Ihr bezahlt Eure Beiträge zu den Krankenkassen, zu den Pensionsversicherungen als Vorsorge für Eure Pension - wenn auch noch in weiter Ferne.

Mit Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. Ende der Lehrzeit werdet Ihr bereits (nach heutiger Kaufkraft) € 64.800,-- angespart haben. Im Berufsleben habt Ihr dann die Möglichkeit, selbst mitzubestimmen wie hoch Eure Pension einmal sein wird.

Eure Eltern und Großeltern haben diese Chance nicht gehabt.

Den Nettobetrag von € 550,--/p.m. werden Eure Mütter/Erziehungsberechtigten zu Eurem Wohle und der notwendigen Kosten wie z.B. Wohnen, Kleidung, Ausbildung u.a.m. einsetzen.



Studenten

STAATLICHES DARLEHEN FÜR ca. 0,6 MIO STUDIERENDE

Für ca. 0,6 Mio. in höherer Ausbildung stehende StaatsbürgerInnen kann auf Antrag ein Darlehen zur Finanzierung der Ausbildung von brutto max. € 2.000,- /monatlich beansprucht werden.

55% rückzahlbar auf max. 21 Jahre nach Abschluss des Studiums, wertgesichert.

45% für Sozialabgaben und Steuer als staatliche Anerkennung, nicht rückzahlbar.

Von diesem Bruttobetrag werden einbehalten:

5% Einkommenssteuer.....FA.....€ 100,- /Monat.....€ 0,72 Md/Jahr

10% Krankenversicherung.....KK.....€ 200,- /Monat.....€ 1,44 Md/Jahr

30% Pensionsversicherung.....PV.....€ 600,- /Monat.....€ 4,32 Md/Jahr

An die Studenten netto:

55% zusätzliche Kaufkraft.....€ 1.100,- /Monat.....€ 7,92 Md/Jahr

Liebe Studenten!

Die Entscheidung eine höhere Ausbildung anzustreben, kann wohl ein Wunsch auch Ihrer Eltern sein, jedoch liegt diese bei jedem Einzelnen selbst.

Das Interesse von möglichst vielen hoch qualifizierten StaatsbürgerInnen liegt aber beim Staat. Deshalb sollte der Staat eben mehr tun, als nur Zeichen setzen und Ihnen oben genannte Hilfe zu Teil werden lassen.

Diese Investitionen werden sich in Zukunft auch für den gesamten Staat rechnen. Mögen Ihre Vorstellungen und Hoffnung in Erfüllung gehen.



Senioren

GESETZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR ERHÖHUNG VON RENTEN UND PENSIONEN

Für ca. 2,2 Mio. Kleinrentner und Pensionisten bis € 3.000,- brutto sollte ihr monatlicher Bezug um brutto € 700,- auf max. € 3.000,- erhöht werden. Die Gesamtkosten pro Jahr betragen ca. € 17 Md. und sollen aus den mittlerweile erwirtschafteten Überschuss aus den Pensionskassen von 19 Md. gedeckt werden.

Diese Zusatzpension wird gesondert zur bestehenden Pension abgerechnet.

Von diesem Bruttobetrag werden einbehalten:

70% Kranken- und Pflegeversicherung.....KK.....€ 490,- /Monat.....€ 12,93 Md/Jahr

An die Pensionisten netto:

30% zusätzliche Kaufkraft.....€ 210,- /Monat.....€ 5,54 Md/Jahr

Liebe Senioren,

im Vertrauen an den Sozialstaat, in die Regierungen der 2. Republik in Bund, Länder und Gemeinden, den Sozialpartnern der Wirtschaftskammern und Gewerkschaften, sowie in die soziale Marktwirtschaft und den Generationenvertrag durften wir hoffen, über die Zeit unseres aktiven Berufslebens hinaus, dass unser Lebensabend angemessen und gesichert ist.

Unsere Generation von über 60 in Rente oder Pension muss jetzt über die Medien erfahren, dass die Pensions- und Krankenkassen einbrechen und die steigenden Kranken- und Pflegekosten nicht ausreichend finanzierbar sind.

Nur wenn wir ca. 2,2 Mio. Senioren, aller politischen Einfärbung zusammenstehen, wird sich der Aufbau Österreichs auch für uns gelohnt haben.

Versammeln wir uns noch einmal zum letzten „GLÜCK AUF“.



Unser Ziel

ZUSAMMENFASSUNG

Direkte zusätzliche Einnahmen aus diesen Maßnahmen für:

Finanzamt.....€ 3,08 Md/Jahr

Kranken- und Pflegeversicherung.....€ 19,57 Md/Jahr

Pensionsversicherung Rest 1-3.....€ 2,00 Md/Jahr

Die Krankenkassen übernehmen die Kranken- und die Pflegekosten ihrer Versicherten zu 100%!

Zusätzliche Kaufkraft über das gesamte Bundesgebiet € 41,18 Md.!

Alle zusätzlichen Einkommen für 6 Mio. StaatsbürgerInnen aus diesen Maßnahmen sind Existenzminimum, daher nicht belehn- und exekutierbar, mit verfassungsrechtlicher Absicherung.

FINANZIERUNG-BEREITSTELLUNG:

Auf Grund fehlender Lenkungsmaßnahmen für volkswirtschaftlich richtige Löhne im gesamten Privatbereich (Sozialpartnerschaft) durch den Staat ist es nunmehr notwendig geworden, dass der Staat für die oben genannten zusätzlichen Einkommen in Vorlage geht.

Hierzu nimmt der Staat weder Kredite auf noch verschuldet er sich.
Der Staat stellt lediglich das Geld bereit, wenn notwendig mit neuer Währung.
Dieses Geld kennt keine Zinsen.

Der Staat leiht dieses Geld den ca. 6 Mio. StaatsbürgerInnen im Wissen, dass alles zeitversetzt wieder an den Staat zurückfließt.

FÜR ZWISCHENVERDIENER OHNE LEISTUNG IST HIER KEIN PLATZ!



Initiator Michael Sommer



ein Visionär kämpft für den „Mutterlohn“

Geboren am 27. Mai 1941. Der Vater starb 1946 in Kriegsgefangenschaft. Michael Sommer erlebte das Elend der alleinerziehenden Mutter die, unter Entbehrungen für ihre zwei Söhne, zum großen Leitbild wurde.

Mit 14 Jahren Lehre als Allgemeinmechaniker in einer Lehrwerkstätte der Österreichischen Bundesbahn in Wien/Signalstreckenleitung.

Nach Abschluss der Lehre, versuchte er sich in der Privatwirtschaft (höherer Lohn) ebenfalls in Wien. Das Pendlerschicksal war drückend.

Er wechselte zu einer Jalousiefirma in Stoob (Heimatort), wo er in kurzer Zeit Werkmeister wurde.

Im Alter von 25 Jahren entschied er sich für die Selbständigkeit und eröffnete die fabrikmäßige Herstellung von Sonnen- und Wetterschutzrichtungen und deren Vertrieb und Montage. Kontinuierliche Expansion folgte. Alufenster, Türen und Fassaden in den 70er Jahren. Alu-Sommer wurde zum Markenname.

Politisch sozial geprägt, engagierte er sich für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit zwischen Mann und Frau. Schließlich sicherte er in seiner Firma als Einzelunternehmer die Arbeitsplätze für 350 Mitarbeiter/innen und beteiligte seine Mitarbeiter am Unternehmen.

2006 investierte er sein Privatvermögen für die Menschen, indem er sich mit der Kraft und Erfahrung seines erfolgreichen Lebens gegen Ungerechtigkeit und für Mütter und Kinder einsetzte. Er gründete die parteiunabhängige „Initiative 2000“.

2009 Neustart unter Berücksichtigung der politischen Erfahrungswerte.

Michael Sommer ist verheiratet, hat drei erwachsene Söhne, ebenfalls verheiratet und vier Enkelkinder.



Der Mutterlohn

Unterstützt vom Verein: **VBD Vereinte Bürger-Dienste**

Notizen



BEITRITTSERKLÄRUNG

VBD VEREINTE BÜRGER-DIENSTE

Dieser Verein ist eine überparteiliche, interkonfessionelle und unabhängige Plattform in Österreich.

Vereinszweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt

- a. die Verbreitung, Förderung und Stärkung der direkten Demokratie und Selbstversorgung
- b. die Förderung und Unterstützung altruistischen Handelns und die Zurückdrängung egoistischen Handelns
- c. Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden
- d. Förderung der Zusammenarbeit der Bevölkerung zum gemeinsamen Wohl und Zurückdrängung intoleranter Gesinnungen und Handlungen
- e. Maßnahmen zur nachhaltigen Änderung der staatlich gewährten wirtschaftlichen Unterstützung sozial benachteiligter Personen und insbesondere Familien mit Kindern insbesondere im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Unterstützungsmaßnahmen

Die wichtigsten Ziele mit höchster Dringlichkeitsstufe sind nach hereinbrechender Finanz- und Wirtschaftskrise nur Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft für 6 Mio. StaatsbürgerInnen wie in der Kurzfassung von Michael Sommer

Der Mutterlohn

aus 2009 dargelegt, empfohlen und veröffentlicht.

Nach Leistung eines einmaligen Gründungsbeitrages von € 30,-- (wird später durch Vertrauenspersonen aus Ihrem Bezirk eingehoben) sind Sie Gründungsmitglied der VBD Vereinte Bürger Dienste.

Die Beitrittserklärung übermitteln Sie vorerst an die Vereinsadresse:

A-7344 Stoob, Graben 3, Fax: +43 (0) 2612/434 67-14.

Ihre Betreuer in Gemeinde, Bezirk und Bundesland werden Ihnen nach Fortschritt der Organisation sofort genannt.

Name:

Gasse/Straße: Nr.:

PLZ: Ort:

Bundesland: Bezirk:

Tel.:

E-Mail:

Die Größe, Stärke und Durchsetzungsvermögen des Vereines liegt eindeutig in der Anzahl der Mitglieder selbst.

Den heute Mutigen gehört der Dank.



Der Mutterlohn

Unterstützt vom Verein: **VBD Vereinte Bürger-Dienste**

Der Mutterlohn

unterstützt vom Verein:

VBD VEREINTE BÜRGER-DIENSTE

www.mutterlohn.at

Initiator:

Michael Sommer, Graben 3, A-7344 Stoob

Impressum:

VBD: Vereinte Bürger Dienste, Graben 3, A-7344 Stoob